

Antrag

der Abgeordneten Jürgen Trittin, Renate Künast, Sylvia Kotting-Uhl, Hans-Josef Fell, Bärbel Höhn, Agnes Malczak, Oliver Krischer, Undine Kurth (Quedlinburg), Nicole Maisch, Dr. Hermann Ott, Dorothea Steiner, Cornelia Behm, Bettina Herlitzius, Winfried Hermann, Ulrike Höfken, Dr. Anton Hofreiter, Sven-Christian Kindler, Ute Koczy, Fritz Kuhn, Ingrid Nestle, Friedrich Ostendorff, Markus Tressel, Daniela Wagner, Dr. Valerie Wilms und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Nie wieder Tschernobyl – Atomzeitalter beenden

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Deutsche Bundestag gedenkt der Opfer der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl: Am 26. April 1986 ereignete sich auf dem heutigen Staatsgebiet der Ukraine in Tschernobyl eine der bislang folgenschwersten Katastrophen in der Geschichte der Atomenergie. In Block 4 des Atomkraftwerks löste eine nicht mehr zu stoppende Kettenreaktion eine gewaltige Explosion aus.

Aus dem zerstörten Reaktor wurde Spaltstoff herausgeschleudert, der weite Regionen insbesondere in der Ukraine und in Weißrussland verstrahlte. Die freigesetzte Radioaktivität breitete sich über Nord- und Osteuropa bis nach Westeuropa aus. Innerhalb von zehn Tagen wurden aus einer 30-Kilometer-Zone um den Reaktor mehr als 130 000 Menschen evakuiert. Im weiteren Verlauf mussten 400 000 Menschen umgesiedelt werden, mehr als 200 Gemeinden hörten auf zu existieren. Bis zu 800 000 Aufräumarbeiter (sog. Liquidatoren), meist junge Soldaten, wurden eingesetzt, um die schlimmsten Schäden zu beheben. Die Höhe ihrer Strahlendosis kannten sie nicht.

Die Hauptunfallursache waren mehrere Fehleinschätzungen bei der Bedienung des Reaktors, also menschliches Versagen und Konstruktionsfehler des Reaktortyps (wassergekühlte, graphitmoderierte Druckröhren-Siedewasserreaktoren – RBMK). Tschernobyl wurde sowohl zum politischen, als auch zum moralischen Fiasko für die Atomenergie und markiert weltweit für viele Menschen einen Epochenwandel in der Energiepolitik: Weg von der nicht beherrschbaren Atomenergie und hin zu den erneuerbaren Energien, Energieeinsparung und den effizientesten Energietechnologien.

Die Folgen der Tschernobyl-Katastrophe sind auch 25 Jahre nach dem Super-GAU in der Region verheerend. Die Zahl der Todesopfer infolge des Unfalls von Tschernobyl wird von Experten auf mehrere Tausend geschätzt. Mehrere Hunderttausend Menschen leiden noch heute an den Folgen der Kontamination. Für die Zukunft wird befürchtet, dass Zehntausende Menschen in Europa, insbesondere in der Ukraine und in Weißrussland als Spätfolge der Katastrophe an Schilddrüsenkrebs und anderen Krebsarten erkranken werden. Diese schlimme Erwartung zeigt, dass das Leid und die Schäden der Tschernobyl-Katastrophe

auch nach 25 Jahren nicht nachlassen und sich in Zukunft sogar weiter verstärken werden.

Auch in Deutschland sind die Folgen der Tschernobyl-Katastrophe bis heute präsent: So sind bestimmte Pilzarten und Wild in einigen Gebieten z. B. im Bayerischen Wald durch die Reaktorkatastrophe in Tschernobyl noch immer hoch belastet.

Das Unglück von Tschernobyl hat nicht nur für Menschen und Umwelt verheerende Auswirkungen gehabt, sondern auch zu gravierenden volkswirtschaftlichen Belastungen geführt: Die Sanierung des zerstörten Reaktors wird insgesamt mehr als 1 Mrd. Euro kosten. Selbst im weit entfernten Deutschland wurden bis Juni 2010 rund 240 Mio. Euro Entschädigungsleistungen aus Steuermitteln aufgewendet, um die durch die Reaktorkatastrophe hervorgerufenen wirtschaftlichen Schäden auszugleichen.

Neben der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl haben weltweit zahlreiche Störfälle in Atoanlagen die Illusion einer sicheren Nutzung der Atomenergie widerlegt, wie die folgenden, besonders gravierenden Beispiele belegen. Bereits im Jahr 1957 wurde durch die Explosion eines mit Nitratsalzen befüllten Tanks in Tscheljabinsk (Russland) ein rund 1 000 km² großes Gebiet radioaktiv verseucht. Etwa 1 000 Menschen kamen ums Leben, 10 000 Einwohner mussten evakuiert werden. 30 Jahre lang wurde die Katastrophe von der Sowjetregierung geheim gehalten.

Im Jahr 1979 führten technisches Versagen und Bedienungsfehler im Atommeiler von Three Mile Island bei Harrisburgh (Pennsylvania) zu einer partiellen Kernschmelze und zur Freisetzung radioaktiver Gase. 75 000 Menschen flohen. Die Beseitigung der Schäden dauerte über zwölf Jahre und kostete mehr als 1 Mrd. Euro.

Im Juli 2006 führte ein Kurzschluss im Atomkraftwerke Forsmark (Schweden) zur Trennung der Anlage vom Stromnetz und zur automatischen Reaktorschnellabschaltung. Teile der Notstromversorgung versagten, so dass das Notkühlsystem nicht ansprang. Nur durch das beherzte Handeln eines Mitarbeiters, der die beiden Notstromaggregate per Hand in Gang setzte, konnte eine Kernschmelze verhindert werden.

Auch in Deutschland hat es wiederholt gravierende Zwischenfälle gegeben, bei denen oft nur durch glückliche Umstände schwerwiegendere Folgen vermieden wurden: Biblis Block A, Dezember 1987; Unterweser, Juni 1998; Philippsburg, August 2001; Brunsbüttel, Dezember 2001; Brunsbüttel, 2007; Krümmel, 2007 und 2009 sind hierfür nur einige alarmierende Beispiele.

Zu den Gefahren durch den Betrieb der Atomkraftwerke (AKW) kommen die vielfältigen Belastungen für Gesundheit und Umwelt in der vor- und nachgelagerten Technologiekette. Schon der Abbau des für die Stromerzeugung nötigen Urans ist hochgefährlich und bringt massive Risiken für Mensch und Umwelt mit sich. Auch die Plutoniumwirtschaft ist durch massive Probleme gekennzeichnet. Darüber hinaus bleibt die Frage ungelöst, wie die radioaktiven Abfälle über Zehntausende von Jahren sicher gelagert werden können. In keinem Land ist die Endlagerfrage bislang adäquat gelöst.

Die Risiken der Atomenergienutzung sind seit der Katastrophe von Tschernobyl nicht geringer geworden. Im Gegenteil: Zwei Drittel aller Atomkraftwerke weltweit nahmen bereits vor 1986 den Betrieb auf. Die Störanfälligkeit von Atomkraftwerken nimmt mit zunehmender Betriebszeit deutlich zu. Dessen ungeachtet werden die Laufzeiten der Alt-Reaktoren in einigen Ländern aktuell verlängert. Und das, obwohl wichtige Sicherheitsfragen, insbesondere im Hinblick auf die sicherheitstechnischen Wirkungen von Alterungsprozessen, weiterhin ungeklärt sind. Dieser Umstand erhöht die Gefahr künftiger Nuklearunfälle stetig.

Aktuell ist die Katastrophe in Fukushima trauriger Beleg dafür, dass nukleare Unfälle von unfassbarer Größenordnung möglich sind. Hier sind durch den Ausfall der Kühlsysteme nach einer Naturkatastrophe mindestens drei Reaktoren außer Kontrolle geraten. Es steht zu befürchten, dass in mehreren Reaktoren parallel eine Kernschmelze stattfindet und dass dieser gefährliche Zustand noch lange Zeit anhalten kann. Heute bereits tritt in hohem Maße Radioaktivität aus den stark beschädigten Reaktorgebäuden aus. Die Folgen für Menschen und Umwelt sind noch nicht absehbar. Die Unterzeichnung eines Abkommens mit Russland vier Tage nach Beginn der Katastrophe in Fukushima zum Bau eines Atomkraftwerks ausgerechnet in Weißrussland ist ein katastrophales Signal.

Die nukleare Katastrophe von Fukushima ist eine welthistorische Zäsur in der Energiepolitik, die die Notwendigkeit begründet, das Ende der Atomkraftnutzung herbeizuführen. Das setzt als erstes einen ehrlichen und offenen Blick auf die tatsächlichen Risiken der zivilen Atomkraftnutzung voraus. Dieser dringend erforderliche Prozess scheiterte bislang zum einen am fehlenden politischen Willen in den Staaten, die Atomkraft nutzen und Atomtechnologie exportieren. Zum anderen trägt auch die Internationale Atomenergie Organisation (IAEO) seit Jahrzehnten zur Verharmlosung der wirklichen Risiken der zivilen Nutzung der Atomkraft bei, z. B. indem sie die Zahl der Opfer sowie die Schäden durch die Katastrophe in Tschernobyl verschleierte.

Atomanlagen sind zudem gefährliche Ziele für Terroristen, dies gilt besonders für auch in Deutschland vorhandene AKW ohne Kuppelüberbau. Seit den Terrorangriffen des 11. September 2001 ist diese Gefahr real geworden. Atomkraftwerke, die nicht oder nur unzureichend gegen Flugzeugabstürze ausgerüstet sind, stellen eine nicht hinnehmbare Gefahr dar und müssen stillgelegt werden.

Ein unüberwindbares Dilemma bei der zivilen Nutzung der Atomenergie bleibt die Gefährdung der internationalen Sicherheit durch die Ausbreitung und den Missbrauch von waffenfähigem Nuklearmaterial. Das weltweite Anhäufen waffenfähigen Plutoniums und mittel- sowie hochangereicherten Urans erhöht die Proliferationsgefahr und behindert die Abrüstung. Bei allen Bemühungen der IAEO bleibt die nüchterne Bilanz, dass die Ausbreitung der Atomwaffen weltweit vorangeschritten ist. Bereits 40 Länder verfügen heute über das Know-how für Kernwaffen. Der Umgang gerade mit der Technik der Urananreicherung und auch der Wiederaufarbeitung stellt eine wirksame Proliferationskontrolle vor fast unlösbare Probleme. Es bedarf hier dringend einer Änderung des Nichtverbreitungsvertrags.

Der Deutsche Bundestag stellt fest, dass die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl vor 25 Jahren dazu mahnt, das Atomzeitalter schnellstmöglich weltweit zu beenden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- den durch Atomunfälle betroffenen Menschen und Ländern Hilfe und Unterstützung zur Minderung der gesundheitlichen, ökologischen und wirtschaftlichen Folgen zu gewähren;
- sich mit Nachdruck auf europäischer und weltweiter Ebene für einen möglichst raschen Ausstieg aus Atomkraft einzusetzen;
- auf nationaler Ebene den gesetzlichen und finanziellen Rahmen dafür zu schaffen, die Atomkraftnutzung bis spätestens 2017 zu beenden;
- sich in der Europäischen Union für eine Beendigung der europäischen Förderung der Atomenergie im Rahmen des Vertrags zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM) einzusetzen;

- sich dafür einzusetzen, dass in der Europäischen Union bis zur Abschaltung des letzten Atomreaktors höchste Sicherheitsmaßstäbe gesetzt und deren Einhaltung unabhängig kontrolliert wird;
- Gespräche mit den Regierungen von Frankreich, der Schweiz, Belgien und Tschechien über die Stilllegung der besonders gefährlichen Reaktoren, z. B. in Fessenheim, Cattenom, Temelin, Beznau und Tihange, aufzunehmen;
- sich im Rahmen der Debatte um eine neue europäische Energiepolitik für eine Politik der Förderung erneuerbarer Energien, der Energieeffizienz und des Energiesparens einzusetzen;
- ab sofort keine staatliche Förderung mehr für den Export von Nukleartechnologien, z. B. in Form von Hermes-Bürgschaften, zu vergeben sowie die
- Hermes-Umweltleitlinie von 2001 umgehend wieder in Kraft zu setzen und künftig konsequent einzuhalten;
- sowohl national als auch durch die Europäische Union direkte und indirekte Subventionstatbestände zur Begünstigung der Erzeugung von Atomstrom zu erfassen und abzubauen, um Marktverzerrungen und damit Hemmnisse für Investitionen in Energieeinsparung, Energieeffizienz und Strom aus erneuerbaren Energien abzuschaffen;
- sich auf internationaler Ebene für die Ächtung des Uranbergbaus weltweit einzusetzen und als Zwischenschritt im Hinblick auf das nach Deutschland und in die EU importierte Uran substanzielle und verbindliche ökologische, soziale und menschenrechtliche Standards beim Abbau einzufordern;
- sich im Rahmen der internationalen Kooperation dafür einzusetzen, dass die Verbreitung und der Missbrauch von waffenfähigem Material unterbunden wird sowie dass im Rahmen des Nichtverbreitungsvertrags Anreicherungen von Uran und Anlagen zur Wiederaufbereitung weltweit unter internationale Kontrolle gestellt werden.

Berlin, den 5. April 2011

Renate Künast, Jürgen Trittin und Fraktion